

**Zeitschrift:** Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte = Revue d'histoire ecclésiastique suisse

**Herausgeber:** Vereinigung für Schweizerische Kirchengeschichte

**Band:** 54 (1960)

**Artikel:** Die Anfänge der katholisch-konservativen Tagespresse in der Schweiz

**Autor:** Müller-Büchi, J.

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-128544>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

E. F. J. MÜLLER-BÜCHI

## DIE ANFÄNGE DER KATHOLISCH-KONSERVATIVEN TAGESPRESSE IN DER SCHWEIZ

### II.

In der «Schwyzer-Zeitung» hat seit 1848 ein neuer Politiker-Typus sein Ideengut geformt. Die Leitartikel des Blattes, in denen dieses gestaltet wurde, haben vielfach bekenntnismäßigen Charakter, und darin liegt ihr Aussagewert.

Schon die äußere Geschichte der «Schwyzer-Zeitung» zeigt klar den für die Haltung des Blattes bezeichnenden Grundzug: es wird konservative Politik im Rahmen des 1848 neu geschaffenen schweizerischen Bundesstaates zu verwirklichen gesucht. Die jungen Leute, die 1841 den Studentenverein gegründet, waren Männer geworden. Obgleich ihre ersten publizistischen Versuche im «Schwyzerischen Volksblatt» sie auf Seite der Unterlegenen sahen, nahmen sie «den Ausgang des Waffenspiels als Norm gebend für die fernere Entwicklung des öffentlichen Lebens hin, sie stellten sich ganz auf den Boden der Neuzeit»<sup>1</sup>. Da ihre Stellung im öffentlichen Leben nicht «über den Oktober 1847 zurückgeht», aner-

<sup>1</sup> Gmür im Programm-Artikel «Zum neuen Jahre», Nr. 1 (2. Jan. 1850). – In seinem Nekrolog auf Acklin («Vaterland» Nr. 292, 18. Dez. 1879) sagt Gmür: «Ohne die Rechtsstellung jemals zu verläugnen, welche die kath. Kantone im Sonderbundskriege eingenommen hatten, glaubte die «Schwyzer-Zeitung» das Ergebnis jenes Bürgerkrieges als eine unabänderliche Tatsache hinnehmen zu müssen und statt mit unfruchtbaren Klagen und eitlen Hoffnungen eine kostbare Zeit zu verlieren, alles Augenmerk den neuen Schöpfungen zuwenden zu sollen. In voller Übereinstimmung mit der Regierung von Schwyz, deren geistiger Träger der weise Nazar von Reding war, schloß sich die «Schwyzer-Zeitung» ohne Rückhalt der 1848er Bundesverfassung an, sobald dieselbe als Grundgesetz der schweizerischen Eidgenossenschaft proklamiert war.»

kannten sie sogleich und vorbehaltlos die innere Rechtmäßigkeit der neuen Verfassungszustände : sie bewegten sich « vollständig auf dem neuen bundesstaatsrechtlichen Boden : ihr Hauptgrundsatz ist derjenige der Legitimität, während ihre Gegner demjenigen der Revolution ihre Huldigung bringen »<sup>1</sup>. Pazifikation im Innern und nationale Sicherstellung gegenüber ausländischen Interventionen war Hauptziel<sup>2</sup>. Nicht Umsturz der neuen Schöpfungen wird gefordert, sondern : « Modifikation und Entwicklung derselben nach den höhern Grundsätzen des Rechtes und der Freiheit im Interesse allseitiger Volksbedürfnisse. » Das Redaktionsprogramm<sup>3</sup> beruhte auf der inneren Bejahung der Bundesverfassung von 1848. « Das wiedergeborene Gesamtvaterland » durfte nicht auf dem Papier stehen bleiben, und darum « bezeichneten wir als unsere Hauptaufgabe und als Aufgabe der Konservativen überhaupt, wie den zu Grabe getragenen Bundesvertrag so auch die neue Bundesverfassung gewissenhaft zu halten und gerade hierin Kraft zu suchen gegen Willkür und Rechtlosigkeit, die nur zu oft unter gleisnerischem Vorwand das Gesetz überstürmen »<sup>4</sup>.

Solchem Beginnen bereitete im Jahrzehnt nach 1848 nicht der gegnerische Radikalismus die Hauptschwierigkeiten. Als der Berner « Bund »<sup>5</sup> ab 1. Oktober 1850 als hauptsächlichstes Sprachrohr des radikalen Kurzes in der eidgenössischen Politik auf der Bühne erschien, fand er in der « Schwyzer-Zeitung » einen ihm geistig gewachsenen Gegner. Das geschichtlich Beachtliche liegt darin, daß damals durch Polemiken intra

<sup>1</sup> Nr. 158 (2. Juli 1851).

<sup>2</sup> Die « Schwyzer-Zeitung » verhielt sich zu Napoleon III. ganz ablehnend (vgl. H. GAUTSCHY, Die Schweizer Presse um die Mitte des 19. Jhs. Ihre Reaktion auf den Staatsstreich Louis Napoleon Bonapartes [Basel 1949] 112 ff.). – Auf die davon grundlegend verschiedene Beurteilung Napoleon III. durch Segesser komme ich bei anderer Gelegenheit zurück.

<sup>3</sup> Die Gesellschaftsstatuten von 1849 bezeichneten (§ 8) als redaktionelle Grundsätze : Verteidigung des positiven Christentums, der Neutralität und der Unabhängigkeit, Anerkennung der Rechte der « zwei gleichberechtigten, für sich autonomischen Konfessionen », und Eintreten für Vätersitte. « Von diesen Grundsätzen ausgehend, das positive Recht als Basis annehmend, wird die « Schwyzer-Zeitung » mit unentwegtem Eifer wahren Fortschritten das Wort sprechen, für Ausbildung und Pflege des vaterländischen Rechtes nach Kräften beitragen, und Hebung des geistigen und materiellen Wohlstandes, schweizerische Kolonisation in überseeischen Ländern, Zoll-, Post- und Handelsverhältnisse möglichst gründlich und allseitig besprechen ». – Die revidierten Gesellschaftsstatuten von 1858 übernahmen (§ 10) dieses Programm unverändert.

<sup>4</sup> Nr. 277 (20. Nov. 1849).

<sup>5</sup> BLASER I, 226. – Schon der Leitartikel der 1. Nummer handelte über « Die Freiburger Politik ».

muros et extra eine neue politische Haltung im schweizerischen Katholizismus gesucht und erarbeitet werden mußte.

Noch drückte die Sonderbunds-Niederlage schwer, und es waren gerade die Gebildeten, « die seit dem 23. November (1847) bis heute noch nicht aus Furcht- und Ratlosigkeitsschlummer aufgewacht sind »<sup>1</sup>. Direkte politische Aktionen gegen den Radikalismus organisieren zu wollen, erschien als aussichtslos. Denn man war sich über den Charakter der 1848er Umwälzung in der Schweiz durchaus klar. Der deutsche Katholizismus – auf den Mitglieder des Studentenvereins, die an deutschen Hochschulen studiert hatten, gelegentlich als Vorbild hinwiesen – war 1848 in den Genuß der modernen Freiheitsrechte gekommen. Das war in der Schweiz jedoch schon seit 1830 der Fall gewesen, und darum haben hier « die Ereignisse einen ganz entgegengesetzten Verlauf genommen : hier hat der Radikalismus sich auf den Herrscherstuhl geworfen und zum Absolutismus sich verkörpert »<sup>2</sup>. Evolution der Bundesverfassung im Sinne allgemeiner Freiheit und gleicher Rechte für alle wurde so zum politischen Hauptziel des Kreises um die « Schwyzer-Zeitung ». Das bedingte aber nicht nur eine auf die Kantone beschränkte politische Aktion, sondern auch die innere Bejahung der Bundesverfassung. So ist aus beachtlichen Gedankengängen heraus früh eine konservativ-fortschrittliche Haltung entstanden und gesamtschweizerisch-demokratische Postulate traten von Anfang an neben den konservativ-föderalistischen in den Vordergrund. Für diese « junge Schule » war konservativ nicht « eine in die unwiederbringliche Vergangenheit segelnde Flagge », sondern « ein lebensfähiges und lebenskräftiges Wirken, ein zeitgemäßes Schaffen und Aufbauen, ein tätiges und mutiges Vorwärts-schreiten in allem dem Vaterlande Nützlichen und Ersprießlichen »<sup>3</sup>.

Beteiligung an der von den welschen protestantischen Freunden organisierten Nationalsubskription zur Abtragung der Sonderbunds-Kriegsschuld war darum ebenso selbverständlich, wie Teilnahme an den Nationalratswahlen. Als 1851 die erste Neubestellung des Parlamentes fällig war, erörterte man im konservativen Lager die Frage, ob es angesichts der Aussichtslosigkeit jeder konkreten Einflußnahme auf den Lauf der Dinge nicht klüger wäre, den Radikalen das Feld zu überlassen. Gmür forderte mit Nachdruck, « daß man doch endlich solche unpraktische Vorstellungen lassen möchte »<sup>4</sup>. Gerade weil « die Politik, welche die

<sup>1</sup> Nr. 22 (26. Jan. 1849).

<sup>2</sup> Nr. 29 (5. Febr. 1849).

<sup>3</sup> Nr. 1 (2. Jan. 1854).

<sup>4</sup> Nr. 220 (26. Sept. 1851).

Mehrheit der damaligen Bundesbehörden befolgt, der Schweiz zum größten Nachteil gereicht », ist aktive politische Betätigung Pflicht<sup>1</sup>. Dabei bestand durchaus Klarheit über die Aussichtslosigkeit einer Forderung nach Revision der Bundesverfassung, was man darum auch 1854 noch nicht im Wahlprogramm sehen wollte<sup>2</sup>. Die Anerkennung des Mehrheitsprinzips bereitete den Leuten um die « Schwyzer-Zeitung » nie innere Schwierigkeiten. Für sie hatte « die Mehrheit die Praesumption der Wahrheit, aber auch die natürliche Gerechtigkeit über sich »<sup>3</sup>. Die ganze Polemik gegen den Radikalismus beruhte auf diesem letzteren Gedanken.

Konfessionelle Überlegungen hatten darum für die Politik nur insofern Bedeutung, als unbedingte kirchliche Freiheit für Katholiken wie für Protestanten gefordert wurde. Das führte schon früh zu Postulaten, die sich nahe mit dem Gedanken der « freien Kirche im freien Staate »<sup>4</sup> berührten. Ob die katholische Kirche dieses Prinzip anerkennen könne, war eine Frage jener Tage, und die « Schwyzer-Zeitung » trat offen gegen Veuillot's im Pariser « Univers » geäußerten Ansichten in die Schranken. In einem bemerkenswerten Aufsatz « Über Religions- und Gewissensfreiheit »<sup>5</sup> verfocht Gmür die These, daß die Lösung des Problems in den eigentümlichen Funktionen von Kirche und Staat gesucht werden müsse. Die katholische Kirche ist eine geistige Macht, und ihre Weigerung, andere Religionsgesellschaften als ebenbürtig anzuerkennen, hat mit der äußeren staatsrechtlichen Stellung derselben nichts zu tun. Letzteres ist eine Angelegenheit des Staates, und die katholische Kirche verlangt von diesem nur, daß er Recht und Freiheit zur Erfüllung ihrer Mission anerkenne. « Die Mitarbeiter der 'Schwyzer-Zeitung' und die große Mehrheit unserer katholischen Mitbürger bekennen sich zu diesem Prinzip. » Ultramontanismus war, wie wiederum Gmür geistreich und scharf beobachtend feststellte<sup>6</sup>, ein von den Radikalen erfundenes Schlagwort, das nur die geistig-politische Unzulänglichkeit der radikalen Betrach-

<sup>1</sup> Nr. 227 (11. Okt. 1851).

<sup>2</sup> Nr. 232 (11. Okt. 1854).

<sup>3</sup> Nr. 25 (30. Jan. 1850) in einer Auseinandersetzung mit der « Basler Zeitung » über die Politik des Juste-Milieu (vgl. « Basler Zeitung » Nr. 28, 25. Febr. 1850).

<sup>4</sup> Diesem Ziele kam im Gedankengut der Altkonservativen wie in jenem der « jungen Schule » große Bedeutung zu. Abhängigkeit von Montalembert ist augenscheinlich. – Gmür verwies in der « Schwyzer-Zeitung » wiederholt auf Montalembert, u. a. in einem großen Aufsätze: Nr. 1-5 (3.-8. Jan. 1859). – Dem Einfluß Montalemberts auf das polit. Denken im schweiz. Katholizismus nach 1848 werde ich in anderem Zusammenhange nachgehen.

<sup>5</sup> Nr. 266 (22. Nov. 1852).

<sup>6</sup> Nr. 241 (21. Okt. 1850).

tungsweise bezeugt. Die Radikalen glaubten nach 1847, durch Austreibung der Jesuiten und erzwungene Regierungswechsel in einigen Kantonen, wie Luzern, Freiburg und Wallis, den Geist des katholischen Volkes ändern zu können. Aber Frivolität und eiserne Gewalt wird « die Freunde und Verehrer eines wahren religiösen Lebens, das Ihr mit Andern – rief Gmür dem Berner « Bund » zu – als Ultramontanismus und Jesuitismus verpönt und gewaltsam niederzudrücken versucht », nicht zu beseitigen vermögen. Zur Politik der Genfer Katholiken äußerte sich Gmür wiederholt in scharf kritischer Weise. Er bedauerte « die ganz falsche Stellung, welche die Katholiken dort seit 1847 eingenommen haben »<sup>1</sup>, und die dem Radikalismus die Herrschaft über Genf ermöglichte und weiter sicherte.

Im ersten Jahrzehnt nach 1848 war die katholisch-konservative Politik deutlich nicht-klerikal, und « die « junge Schule » in der « Schwyzer-Zeitung » stand hier auf der gleichen Linie wie die Altkonservativen. Denn die Geistlichkeit als solche, besonders die höhere – darin lag der Grund für diese Einstellung – habe sich ja nach 1847 für « das beobachtende Zusehen »<sup>2</sup> entschieden. Nur der Freiburger Martyrer-Bischof Marilley besaß, wegen seiner andern Haltung, immer die Sympathien der « Schwyzer-Zeitung ». In der deutschen Schweiz dagegen war es nie zu « kirchlich-korporativem Auftreten » gekommen, und mit Bedauern wurde festgestellt, daß das Beispiel der deutschen Bischöfe, die 1848 in Würzburg ihre erste Konferenz abgehalten hatten, in der Schweiz keine Nachahmung fand. Wo Geistliche seit 1830 sich an der Politik beteiligten, hätten sie dies individuell und nur als Bürger getan. Sie taten dabei oft des Guten zuviel und brachten der katholischen Politik « durch Einmischung in rein weltliche Angelegenheiten unzweckmäßig und nachteilig eine kirchliche Färbung bei. » Bei Gelegenheit von einzelnen besonders aufsehenerregenden kirchenpolitischen Tagesereignissen erfolgten recht scharfe kritische Äußerungen<sup>3</sup>. Der grundsätzliche Standpunkt, den

<sup>1</sup> Nr. 242 (22. Okt. 1852). – Eine Untersuchung über die ideengeschichtliche Entwicklung im Genfer Katholizismus seit 1815 stellt, gerade im Hinblick auf die Auswirkung der dortigen Verhältnisse auf den Ausbruch des Kulturkampfes, ein dringendes Postulat dar.

<sup>2</sup> Nr. 32 (8. Febr. 1849).

<sup>3</sup> In Nr. 246 (27. Okt. 1854) wurde die Luzerner Geistlichkeit, die – nachdem das Zehntengesetz verworfen war – sich in der Revisionsfrage auf Weisung des bischöfl. Kommissars aller « Einmischung in die Politik » enthalten hatte, scharf angegriffen. « Sonderbar, daß die Gefahr für selbstbewußtes christlich-sittliches Leben, für bürgerliche und Gewissensfreiheit nur an einem einzigen Staatsgesetze, wie das Zehntgesetz eines war, hängt, an allen staatlichen Organen und Gesetzen aber nicht ». – In Nr. 143 (26. Juni 1854) : « Offenes Sendschreiben an die h. Domherrn des Bistums Basel über ihre mißlungene Bischofswahl ».

das Blatt in der Kirchenpolitik einnahm, verdient festgehalten zu werden. Kirchenpolitische Forderungen wurden nicht aus individuellen Freiheitsrechten abgeleitet, sondern auf der Grundlage der Idee vertreten, daß Kirche und Staat sich als in ihrem Bereiche selbständige und gleichberechtigte Korporationen gegenüberstehen. Das österreichische Konkordat von 1855 galt darum als auch für die Schweiz vorbildliche Gestaltung der Rechtsverhältnisse um beide Gewalten. Stifts-propst Burkard Leu, « der beste Kopf, den die Liberalen in Luzern haben »<sup>1</sup>, vertrat in der « Neuen Zürcher Zeitung » die Auffassung, jener Vertrag sichere auch die Freiheit des Staates neben jener der Kirche, und er knüpfte an diese Charakterisierung die Frage, wie viel oder wie wenig an der staatskirchlichen Praxis in der Diözese Basel und besonders im Kt. Luzern geändert werden müßte, um zu einer ähnlich guten Ordnung zu gelangen<sup>2</sup>. Die « Schwyzer-Zeitung »<sup>3</sup> befand sich in bemerkenswerter Übereinstimmung mit Leu's Gedanken : sie war überzeugt, es sei nur « das große Eine Notwendige erforderlich, daß der Staat die Freiheit, Unbotmäßigkeit und Gleichberechtigung der Kirche anerkenne und deshalb auf den status quo des rechtskräftigen Bistumsconcordats von 1828 zurückkomme bezüglich der Dinge, die durch dasselbe verordnet, und bezüglich des übrigen Streitigen den Verhandlungsstandpunkt einnehme, hingegen von dem Verordnungsstandpunkt abgehe, der sich durch den treulosen Langenthaler Vertrag, die Badenerconferenz-artikel, die Absetzung der Pfarrer, die unkirchliche Erwerbung von Pfrundpatronaten, die gerichtslose Aufhebung und Bevogtigung von Klöstern und den einseitig geschlossenen Seminarvertrag hindurchzieht.

<sup>1</sup> Segesser in NZZ Nr. 298/25. Okt. 1854. – Dank des Entgegenkommens der Redaktion des Zürcher Blattes konnte Segesser damals dort in einer Aufsatz-Reihe seine Auffassung über die Luzerner Revisionsbewegung von 1854 darlegen (vgl. Kl. Schr. I. 92). Er bezeichnete hier Propst Leu als einen der wichtigsten politischen Helfer Schultheiß Kopp's. Dieser hatte nach dem Zusammenbruch des Sonderbundes, statt die gemäßigten Elemente beider Parteien zu vereinen, ein Coterie-Regiment errichtet, das sich nach Segesser's Urteil nur halten konnte, weil Leu ihm die Unterstützung eines Teiles der Geistlichkeit verschaffte. « Im Volke hatte Hr. Kopp keine Partei, aber ihm zur Seite stund der Chorherr, nachmals Propst Burkard Leu, der beste Kopf, den die Liberalen in Luzern haben. Durch seinen Einfluß wurde ein Teil der Geistlichkeit fast unbedingtes Werkzeug des Hrn. Kopp. »

<sup>2</sup> NZZ Nr. 68/9. März 1858. – Leu's Beiträge zur NZZ tragen das Korrespondenzeichen □.

<sup>3</sup> Nr. 96/97 v. 29./30. April 1858. Zuschrift aus dem Kt. Luzern : « Kirche und Staat gleich frei », worin gegen Schleuniger's « Botschaft » polemisiert wird, die Leu's Ansicht als Josephinismus angegriffen hatte.

Doch auch bezüglich dieser Handlungen würde die Kirche verschiedene Concessionen machen, wenn der Staat sich nur entschlösse, konsequent dem kath. Dogma von der Hierarchie der Kirche, den Unterhandlungs- oder Concordierungsweg zu betreten. »

Derartige an die korporative Idee anknüpfende kirchenpolitische Ansichten waren die Voraussetzung für die erstrebte überkonfessionelle Einheit aller Konservativen. Bei der Darlegung des Redaktions-Programmes anlässlich des Jahreswechsels 1852/53 betonte die « Schwyzer-Zeitung »<sup>1</sup> ausdrücklich ihren katholisch-konservativen Charakter, und das erweckte bei ihren protestantischen Freunden einiges Aufsehen. Es ging ihr dabei aber, wie immer wieder betont wurde, nur darum, die Prinzipien des Christentums im erneuerten Vaterlande lebendig zu erhalten, und gerade das erforderte einträgliches Zusammenwirken aller davon überzeugten Bürger. Die « Schwyzer-Zeitung » wollte darum keineswegs die katholisch-kirchlichen Interessen im Gegensatze oder mit Ausschluß jener der reformierten Glaubensbrüder verfechten: die kirchlichen Anliegen der katholischen Schweiz standen für sie nur insoweit im Vordergrunde, als gerade diese vom Radikalismus vorzugsweise gefährdet waren. Kirchenpolitisches Ziel einer schweizerischen konservativen Politik konnte darum nur sein: « Wahrung des positiven Christentums vor den Angriffen der Frivolität und Friede unter den Konfessionen durch gleichmäßigen Schutz der Rechte derselben. »<sup>2</sup> Diese grundsätzliche Einstellung der « jungen Schule » leitete eine Entwicklung ein, die Wesentliches zur inneren Festigung des schweizerischen Staates von 1848 beitrug.

Zwar blieb, wie die Verhältnisse jene Jahre es bedingten, diese aktive und positive Einstellung zum Bundesstaate von 1848 vorab defensiv und auf die Abwehr des kirchen- und katholikenfeindlichen Radikalismus beschränkt. Die originale Berichterstattung der « Schwyzer-Zeitung » über die radikale Politik in Luzern, Freiburg, Wallis und Tessin ist hervorragend und noch heute beachtlich. Besonders mit dem Berner « Bund », der in den 50er Jahren der eigentliche publizistische Gegenspieler der « Schwyzer-Zeitung » war, kam es zu großen und bedeutsamen polemischen Auseinandersetzungen über Probleme der Weltanschauung, der Politik und der Rechtsstellung der Kirche<sup>3</sup>. Die Frage, wie der kon-

<sup>1</sup> Nr. 297 v. 30. Dez. 1852 u. Nr. 2 v. 4. Jan. 1853.

<sup>2</sup> Nr. 23 v. 28. Jan. 1854.

<sup>3</sup> 1854 veröffentlichte « Der Bund » (Nr. 166/18. Juni – Nr. 181/3. Juli) für die radikale Kirchenpolitik sehr bezeichnende « Briefe eines kath. Staatsmannes über

fessionelle Gedanke in der Publizistik und die konfessionelle Haltung in der Politik sich in den Jahren nach 1848 entwickelten, läßt sich dabei gut und im Einzelnen verfolgen.

Eine der bedeutsamsten Beobachtungen, die man dabei machen kann, ist wohl die, daß die aufgedrungene dauernde konfessionspolitische Defensive gegenüber dem Radikalismus trotz all dem Bedrückenden und Verbitternden, das damit verbunden war, die nationalpolitische Begeisterung der « jungen Schule » für das 1848 neu geordnete gemeinschweizerische Vaterland nicht zu mindern vermochte.

Gegenüber dem Vorwurf nationaler Unzuverlässigkeit war der Studentenverein und seine Zeitung von jeher sehr empfindlich<sup>1</sup>. In den beiden großen nationalpolitischen Bewegungen der 50er Jahre : 1856/57 zur Zeit des Neuenburger Handels und 1860 bei der Angliederung Nordsavoyens an Frankreich, zog « die junge Schule » begeistert, mit fliegenden Fahnen und vorbehaltlos in das Lager der Anhänger der bundesrätlichen Politik.

Schon die ersten Nachrichten über den Royalistenaufstand in Neuenburg lösten in der « Schwyzer-Zeitung » eine Sturmflut patriotischer Gefühle aus, und die nationale Haltung des Blattes war von allem Anfang an völlig eindeutig<sup>2</sup>. « Neuenburg ist schweizerisch » war die Parole, und aller radikalen Verfolgung ungeachtet « werden die Katholiken der Urschweiz wie der Schweiz überhaupt, die Standarte in Weiß und Rot dennoch hochhalten, welche die katholischen Eidgenossen schon vor

die obschwebende Wahl des Bischofs von Basel ». Die Verfasserschaft Augustin Keller's wurde sogleich bekannt (A. KELLER (1922), p. 313. M. ROSENBERG, Die Kirchenpolitik Augustin Kellers (Diss. Freiburg 1941), p. 80 ff.) – In der « Schwyzer-Zeitung » erschien eine gediegene Entgegnung (Nr. 154 / 10. Juli - Nr. 167 / 25. Juli).

1857 forderte « Der Bund » (Nr. 328/29 v. 28./29. Nov.) Überwachung der Tätigkeit des P. Theodosius Florentini, da dessen kath. Aktivismus zu permanentem Religionskrieg führen werde und tatsächlich Propaganda des Ultramontanismus, also der Unfreiheit sei. – Gmür replizierte hervorragend (« Schwyzer-Zeitung » Nr. 277 / 5. Dez., Nr. 290 / 22. Dez. u. Nr. 293 / 28. Dez.). – « Der Bund » (Nr 345/ 15. Dez.) hielt unentwegt an der These fest, daß Bekämpfung aller Herolde des Ultramontanismus Aufgabe des Liberalismus bleibe. Gute Katholiken und gute Protestanten könnten nur im Frieden leben « so lange nicht der Störefried der römischen Despotie dazwischen fährt ».

<sup>1</sup> An der Generalversammlung von 1853 in Sarnen kam es aus Anlaß des Trinkspruches Acklins zu einer die vaterländische Treue des Vereins in Zweifel ziehenden Pressepolemik, die mit großer Heftigkeit geführt wurde (« Schwyzer-Zeitung » Nr. 209 / 16. Sept. 1853. GRÜTER 146).

<sup>2</sup> K. MEYER, Der Neuenburger Konflikt 1856/57 im Spiegel der zeitgenössischen Presse (1945), p. 35 u. ö.

500 Jahren gegen fürstliche Unterjochungsversuche siegreich entfaltet haben ». In der Öffentlichkeit des In- und des Auslandes bestanden anfänglich Zweifel über die Haltung der Urschweiz<sup>1</sup>. Doch gerade « Vom Vierwaldstättersee » her erhob sich in der « Schwyzer-Zeitung » mächtiger Wind, um sie alle zu verscheuchen. « Die konservative Partei der Schweiz ist vielfach und oft dargestellt worden, als stütze sie sich unschweizerisch auf das Ausland ; sie wird durch die Tat beweisen, daß der verletzende Vorwurf ungerecht war. »<sup>2</sup> Unfreundliche Zwischenfälle vermochten die Begeisterung und die vorbehaltlose Unterstützung der offiziellen Politik in keiner Weise zu dämpfen. Als in Luzern das Gerücht herumgekommen wurde, die Konservativen dächten daran, den Abzug der Truppen an die Grenze zu einem Putsche gegen die Regierung zu benützen, wurde solches Wirtshaus- und Klubgerede als Verhöhnung « der patriotischen, wir glauben sagen zu dürfen begeisterten Haltung » der Konservativen gebrandmarkt<sup>3</sup>. Ein Waadtländer Bataillon hatte beim Durchzug durch Bern eine Spottfahne auf den Sonderbund gehißt. Das Militärdepartement verurteilte den Vorfall, anerkannte dabei die jetzige « edle Erhebung der teuren Urschweiz » und sprach von vernarbten Wunden, die nicht wieder aufgerissen werden dürften. Die « Schwyzer-Zeitung »<sup>4</sup> wollte diese Worte für immer festgehalten wissen. Nicht einmal die sehr feindselige Aufnahme, welche der eben damals eintretende Regierungswechsel in Freiburg bei der radikalen Öffentlichkeit fand<sup>5</sup>, trübte

<sup>1</sup> Gegenüber ausländischen Kritiken an der Haltung der Schweizer Konservativen erklärte Gmür (« Schwyzer-Zeitung » Nr. 292 / 22. Dez. 1856) « daß die Liebe zum gemeinsamen Vaterlande den Katholiken der Schweiz das Höchste und Heiligste ist ». – Von ihm stammt zweifellos auch der Aufsatz : « Die Haltung der Schweizer Conservativen im Neuenburger Handel », der im damaligen Frankfurter Zentralorgan der deutschen Katholiken « Deutschland » erschien (nachgedruckt : « Schwyzer-Zeitung » Nr. 29 / 6. Febr. 1857). Die Schweizer Konservativen setzen – heißt es hier – kein Vertrauen in die ausländischen Mächte, welche sie nur « in den Verruf einer Auslandspartei bringen ». Sie werden immer nur dem Rechte dienen und darum überall « da, wo sie durch Grundsätze des Rechts nicht förmlich daran gehindert werden, zu ihrem Lande und den Behörden desselben halten, gleichviel, ob letztere gegenüber den katholischen und conservativen Interessen nur zu oft einen empörenden Gebrauch machen ».

<sup>2</sup> « Schwyzer-Zeitung » Nr. 295 / 27. Dez. 1856.

<sup>3</sup> Luzerner Korrig. i. d. « Schwyzer-Zeitung » Nr. 1 / 2. Jan. 1857. Jost Weber dürfte der Verfasser sein.

<sup>4</sup> Nr. 19 / 24. Jan. 1857.

<sup>5</sup> « Der Bund » (Nr. 53 / 23. Febr. 1857) stellte die innere Schweiz in Gegensatz zu Freiburg, wo in den Wochen, als selbst die Strengekonservativen allen Hader vergaßen, « die Soutanen samt den Schleppenträgern der Soutanen nichts dringlicheres zu tun wußten, als das Werk der ultramontanen Reaktion einzuleiten ».

den Optimismus, obgleich gerade dabei der tiefe Gegensatz, in dem sich der politische Katholizismus des 19. Jahrhunderts zum eidgenössischen Radikalismus befand, schon wieder mit aller Schärfe in Erscheinung trat. Für die Optimisten im katholischen Lager schien damals der entscheidende Wendepunkt gekommen zu sein<sup>1</sup>.

Der entschiedenen Stellungnahme der «Schwyzer-Zeitung», die eindeutig und weithin vernehmbar vorab durch Acklin<sup>2</sup> geformt aber auch von Gmür und dem ganzen Studentenverein<sup>3</sup> gebilligt und gestützt wurde, kam zweifellos erhebliche politische Bedeutung zu. In der Neuenburger Frage zeigte sich die Schweiz dem Ausland gegenüber in geschlossener nationaler Einheit, und auch die im Sonderbundskriege kaum 10 Jahre vorher Unterlegenen und Besiegten fügten sich in dieselbe ein. Die Altkonservativen freilich taten dies nur aus Gründen der Staatsraison und um die angebahnten diplomatischen Verhandlungen nicht zu stören; ihre Haltung drückte sich in Schweigen aus<sup>4</sup>. Der Studentenverein und die «junge Schule», die den Kurs der «Schwyzer-Zeitung» bestimmten, zielten viel weiter: sie griffen mit Begeisterung und schrankenloser Hingabe zu den Waffen. Und als die Gefahr gebannt und der Handel beigelegt war, träumte dieselbe Jugend schon davon, das Zeitalter der rauen Politik werde nun von Jahren abgelöst, welche «der Pflege idealer geistiger Güter in Kunst und Wissenschaft» gewidmet seien: die 1859 von den gleichen Kreisen, welche auch die «Schwyzer-Zeitung» trugen, gegründeten «Schweizer-Blätter für Wissenschaft und Kunst» stellten sich bei ihrem ersten Auftreten als Frucht des glück-

– Gmür entgegnete gewandt («Schwyzer-Zeitung» Nr. 48 / 28. Febr.), aber «Der Bund» (Nr. 64 / 6. März) hielt an der Unterscheidung zwischen ultramontanen und nicht-ultramontanen Katholiken fest und glaubte sich berechtigt, gegenüber «jesuitischen Tendenzen», die in Freiburg «aufs Neue mit einer Offenheit, die eines bessern Ziels würdig wäre, zum Vorschein kommen», das eidgenössische Aufsehen anzurufen.

<sup>1</sup> Gmür bezeichnete in seinem Nekrolog auf Dr. Simon (oben p. 64) das Jahr 1857, da der neue Bundespalast eingeweiht wurde, als Anfang des Bessern. In Freiburg und Wallis habe die kath. Volksmehrheit sich Geltung zu schaffen vermocht und auf der Gegenseite sei als Frucht der Neuenburger Ereignisse «die fieberhafte Furcht vor einer Reaktion gegen die Bundesverfassung» dahingefallen (Monat-Rosen 7 / 1863 p. 111).

<sup>2</sup> Spott Segesser's darüber: oben p. 59 A. 2.

<sup>3</sup> In der Vereinsgeschichte von GRÜTER sind diese wichtigen Vorgänge nur gestreift.

<sup>4</sup> Segesser legte seine Haltung zur Neuenburger Frage in einem Zeitschriften-Aufsatze (Kl. Schr. III. 102 ff.) und die intimen Hintergründe in einem großen Briefe an N. v. Reding-Biberegg v. 11. Jan. 1857 dar. Vgl. dazu auch meinen Aufsatz: Altschweizer Eliten im Bundesstaat von 1848 (Innerschweizerisches Jahrbuch für Heimatkunde XIX / XX. Bd. 1959/60 p. 108 f.).

lich ausgegangenen Konfliktes mit Preußen vor<sup>1</sup>. Kritik blieb nicht aus. Die « junge Schule » mußte sich den Vorhalt gefallen lassen, sie gehe « mit den Radikalen einig in der Liebe zu der Bundesverfassung, in der Neigung für die Centralisation, in dem Aufgeben der geschichtlichen Grundlagen der Schweiz<sup>2</sup> ». Damals tauchte zuerst der Gedanke auf, die publizistische Verbindung zwischen der konservativen Innerschweiz und dem Studentenverein sollte gelöst und eine neue Zeitung als Sprachrohr der Urkantone gegründet werden<sup>3</sup>. Für die « Schwyzer-Zeitung » brachte der Neuenburger Handel jedoch vorerst mächtige Auftriebe : seit dem 15. Juni 1857 erschien das Blatt in vergrößertem Formate<sup>4</sup>.

Drei Jahre später – in der Savoyer Geschichte – nahm die « Schwyzer-Zeitung » in einer ähnlichen Situation dieselbe scharf profilierte eidgenössisch-nationale Haltung ein. Sie unterstützte von Anfang an die Politik Stämpfli's, zu dem hin inzwischen freilich auch andere Berührungs punkte und Interessen die Urschweiz lockten<sup>5</sup>. Die Publizistik, der sich die « Schwyzer-Zeitung » in der Savoyer Affäre verschrieb, unterschied sich wenig von der patriotisch-kriegsentschlossenen Propaganda, welche die radikale Männer-Organisation Helvetia damals betrieb<sup>6</sup>. Es war zwar die « Schwyzer-Zeitung »<sup>7</sup>, welche einen beleidigenden Ausspruch des

<sup>1</sup> « Die Schweiz scheint seit dem letzten Conflikt mit Preußen in ein neues Stadium ihrer nationalen und culturlichen Entwicklung getreten zu sein. Durch den diplomatischen Abschluß des helveto-borussischen Spans erhielt die bestehende schweiz. Bundesverfassung von Seiten der Großmächte ihre Anerkennung und Sanktion... Die Demokratie ist in der Schweiz wenigstens prinzipiell so ziemlich durchgeführt. Das Feld politischer Debatte ist daher gegenwärtig im Verhältnis zu früher ein unbedeutendes... Es tritt eine Periode der Ruhe und des Friedens ein, die mit den Geschenken des Friedens, mit angestrengter gewerblicher Tätigkeit und mit den Künsten und Wissenschaften sich beschäftigt... » So der Redaktor der « Schweizer.-Blätter » (im Vorwort zum 1. Bd. 1859 p. 6 ff.). Plazidus Plattner (1832-1924), eine sympathische Gestalt aus der Frühzeit des Studenten vereins (Biographie : « Monat-Rosen » 69 / 1924-25 p. 71 ff.).

Auf den 1. Jan. 1857 hatte auch das literar. Vereinsorgan des Studenten vereins « Monat-Rosen » zu erscheinen begonnen. Beide Publikationen wurden anfänglich in der Offizin A. Eberle in Schwyz gedruckt, welche auch die Herausgabe der « Schwyzer-Zeitung » trug.

<sup>2</sup> In der « Schwyzer-Zeitung » Nr. 110 / 15. Mai 1857 findet sich eine einläßliche Zurückweisung solcher Angriffe auf den Studentenverein.

<sup>3</sup> K. MEYER, Der Neuenburger Konflikt, p. 216/7.

<sup>4</sup> In 2<sup>o</sup>, statt wie bisher in 4<sup>o</sup>.

<sup>5</sup> Vorallem der von Stämpfli betriebene Ausbau der Alpenstraßen. Näheres darüber in meiner Ausgabe des Briefwechsels Segesser-Reding.

<sup>6</sup> Vgl. LUC MONNIER, L'Annexion de la Savoie à la France et la politique suisse 1860 (1932) bes. p. 259 ff.

<sup>7</sup> Nr. 61 / 14. März 1860.

damaligen Bundespräsidenten Frey-Hérosé zuerst an die Öffentlichkeit brachte. Frey-Hérosé, überaltert und seiner Aufgabe schon lange nicht mehr gewachsen, hatte zum britischen Gesandten bemerkt, die Annexion Nordsavoyens « würde ein römisch-katholisches Element sehr bigotten Charakters in die Eidgenossenschaft bringen, wodurch die Schwierigkeiten, mit welchen die eidgenössische Regierung zu schaffen hat, noch mehr gesteigert würden »<sup>1</sup>. Die « junge Schule » protestierte, doch politische Konsequenzen zeitigte der Zwischenfall keine. Man forderte unentwegt « eine schweizerische Nationaldemonstration »<sup>2</sup>. Gmür selber rief nach militärischen Maßnahmen zum Schutze der schweizerischen Rechte in Savoyen ; er trat eindeutig an die Seite Stämpfli's, und die « Schwyzer-Zeitung » gehörte zu jenen Blättern, die die gewichtige und einflußmächtige Dubs'sche Argumentation zum Rückzug mit vielem Presselärm zu überdecken suchten<sup>3</sup>. Zwar fehlten in ihren Spalten auch zur Vorsicht mahnende Stimmen nicht ganz<sup>4</sup>, aber sie blieben in großer Minderheit. Segesser bekannte sich offen zur Auffassung, daß der Schweiz überhaupt keine Rechte auf Chablais und Faucigny zuständen. Er gab dieser Auffassung im Nationalrate Ausdruck<sup>5</sup>, und es war dann nicht zuletzt diese Ablehnung eines Herzensanliegens der « jungen Schule », welche sich neben anderem in den innerparteilichen Auseinandersetzungen auswirkte die 1860 ihren Höhepunkt erreichten<sup>6</sup>. Jetzt war der Bruch auf publizistischem Gebiete nicht mehr zu vermeiden und die Trennung zwischen « Schwyzer-Zeitung » und Studentenverein, der sich in der Luzerner « Schweizer-Zeitung » ein neues Organ schuf, wurde nun Wirklichkeit.

### III.

Ähnlich wie bezüglich der nationalpolitischen Haltung waren nämlich in der Zwischenzeit auch in parteitaktisch-grundsätzlichen Fragen tiefe Gegensätzlichkeiten in Erscheinung getreten. Eine Analyse ihres Gehaltes

<sup>1</sup> Vgl. HANS SCHMID, Oberst Friedrich Frey-Hérosé, schweiz. Bundesrat (Diss. Zürich 1915), p. 96.

<sup>2</sup> « Schwyzer-Zeitung » Nr. 49 / 29. Febr.

<sup>3</sup> Nr. 48 / 24. Febr. ; Nr. 66 / 21. März ; Nr. 69 / 24. März.

<sup>4</sup> Nr. 48 / 28. Febr. ; Nr. 52 / 3. März.

<sup>5</sup> Kl. Schr. III p. xxiv u. 137 ff.

<sup>6</sup> In Nr. 129 / 6. Juni hielt der Luzerner-Korrespondent (= Amberg) Segesser vor, « in der wichtigsten Lebensfrage der Neuzeit » anlässlich der Verhandlungen im Nationalrat versagt zu haben.

eröffnet interessante Einsichten in die innere Parteigeschichte und zeigt ideenmäßige Grundpositionen auf, welche die Politik der Konservativen im Bundesstaate im Grunde dauernd beeinflußten.

Der Wille zu politischer Aktivität, der mit Notwendigkeit aus der vorbehaltlosen Anerkennung der neuen Staatsordnung von 1848 folgte, stand bei der « jungen Schule » in einem eigenartigen Spannungsverhältnis zu der für solches Tun notwendigen Klarheit über die eigene politische Ideologie und zu dem daraus fließenden Selbstbewußtsein hinsichtlich der eigenen politischen Bedeutung für die Weiterentwicklung der vaterländischen Zustände. Die Luzerner Parteien-Krise von 1857/60 und die schließliche Verdrängung des Studentenvereins aus der « Schwyzer-Zeitung » steht damit in Zusammenhang. Die Gegensätze zwischen den Alten und den Jungen wuchsen langsam und sie schwelten lange, bis sie schließlich heftig und spektakulär aufbrachen. Es ist zwar unleugbar, daß der Wortführer der « jungen Schule », Josef Gmür, gerade in diesen Jahren als Politiker reif geworden ist : an seiner Publizistik in der « Schwyzer-Zeitung » läßt sich dies gut beobachten. Nicht zuletzt die Partei-Krise von 1857/60 zwang ihn, wie auch Segesser<sup>1</sup>, zu grundsätzlichem Durchdenken der Standpunkte. Die längst vergessenen Episoden innerparteilicher Auseinandersetzungen entbehren darum nicht historischen Interesses, was eine knappe Skizzierung dieser Zusammenhänge rechtfertigen mag.

Bei der von jeher entschiedenen Stellungnahme der « Schwyzer-Zeitung » für die unterdrückten Freiburger Konservativen war es naheliegend, daß das Blatt anlässlich der von Lausanne aus betriebenen Nationalpetition für Freiburg<sup>2</sup> bedenkenlos dafür eintrat, es sei dem Freiburger Volke die Möglichkeit zu einer Verfassungsabstimmung beziehungsweise zu einer vorzeitigen Revision seines Grundgesetzes einzuräumen. Ob solches, sobald man sich auf den Boden der herrschenden staatsrechtlichen Grundanschauungen und der Bundesverfassung stellte, überhaupt möglich und zulässig sei, war durchaus umstritten. Doch verfassungsmäßige Bedenken, welche die Altkonservativen, die « Männer einer ewig unfruchtbaren Politik », geltend machten, wurden ebenso beiseite geschoben wie Rücksichtnahme auf die schwierige Stellung der damals noch konservativen Berner Regierung unter Blösch<sup>3</sup>. Da brachte das

<sup>1</sup> Auf die Entwicklung der politischen Ideen Segessers in diesen Jahren kann hier nicht eingegangen werden.

<sup>2</sup> Oben p. 64.

<sup>3</sup> Die « Basler Zeitung » (Nr. 122 / 26. Mai 1853) hatte davon abgeraten, das Frei-

Jahr 1854 für den Optimismus der « jungen Schule » einen ersten kritischen Höhepunkt. Die furchtbaren Ereignisse in Bulle zeigten die Ausweglosigkeit der Freiburger Frage auf und zugleich kam es nach den für die Konservativen kritischen Berner Wahlen dort zur Bildung der fragwürdigen Fusionsregierung. Die Kreise um die « Schwyzer-Zeitung » gerieten zum ersten Male in die für neuzeitliche Weltanschauungsparteien so gefährliche aber auch so charakteristische Zwickmühle, wo es zwischen Grundsätzlichkeit und auf Erfolg abzielender politischer Taktik zu wählen gilt.

Gegenüber der Berner Fusion von 1854 nahm die « Schwyzer-Zeitung » eine sehr bemerkenswerte Haltung ein. Die Berner Großratswahlen vom 7. und 21. Mai hatten nur mehr eine sehr schwache konservative Mehrheit ergeben und in die neue Regierung – darum Fusions-Regierung genannt – traten 5 Konservative und 4 Radikale ein<sup>1</sup>. Nicht nur die Altkonservativen stellten ihr ein schwarzes Horoskop<sup>2</sup>, sondern auch Gmür machte sich darüber in der « Schwyzer-Zeitung »<sup>3</sup> sehr kluge Gedanken. Er kritisierte nicht die Zusammensetzung aus zwei Parteien. « Die Fähigkeit, für die Staatsverwaltung Erspräßliches zu leisten, ist selten das Privilegium einer einzigen Partei. » Unerlässlich aber sei es bei einem solchen Unternehmen, « daß immerhin ein ganz bestimmtes Prinzip die Oberhand führe ». Es muß « eine Mehrheit geben, die man als die eigentlich herrschende Gewalt ansprechen kann »<sup>4</sup>. Weil in Bern die konservative Partei bei der Fusion Grundsätze aufgegeben habe, werde – so prophezeite der gescheite Gmür – die Regierung Blösch-Stämpfli in kurzer Frist zu einer Regierung Stämpfli-Stockmar<sup>5</sup> führen.

Richtige Gedanken dem Nachbarn und Freund vorzuhalten war leicht. Anläßlich der Luzerner Großratswahlen von 1857 und 1860 stellte sich

burger Volksbegehren betr. die dortige Verfassung vor die Bundesversammlung zu bringen, worüber eine Polemik mit der « Schwyzer-Zeitung » (Nr. 117 / 27. Mai 1853) entstand. Andreas Heusler wandte sich in einem Briefe v. 28. Mai 1853 an den Verleger Ambros Eberle und ersuchte um dessen mäßigenden Einfluß. Redaktion und Mitarbeiter wiesen jede Rücksicht auf Gedanken der Nicht-Opportunität zurück (St. A. Schwyz, Briefsammlung A. Eberle).

<sup>1</sup> Dazu die BLÖSCH-Biographie (1872), p. 398 ff.

<sup>2</sup> Vgl. meinen Aufsatz : Altschweizer Eliten I. c., 107 f.

<sup>3</sup> Im Aufsatz : « Die Konfusion in Bern » (Nr. 128 / 6 Juni u. Nr. 137 / 17 Juni 1854).

<sup>4</sup> Reding hat dann diese zuerst und wiederholt (unten p. 152) von Gmür formulierte Regel aufgenommen und an Segesser weiter gegeben, der sie zum leitenden Grundsätze für die Regierungsbildung in Luzern nach dem Umschwunge von 1871 machte.

<sup>5</sup> Xavier Stockmar (1797-1864), Führer der jurassischen Radikalen.

dasselbe Fusions-Problem in noch brennenderer Weise im eigenen Lager. Die Luzerner « junge Schule » ergriff 1857 nicht nur auf außen-, sondern auch auf innenpolitischem Gebiete die Initiative und formulierte aus bisher ungewohnten Gedankengängen heraus neue politische Haltungen und Ziele. Eben war ja der Neuenburger Handel glücklich ausgegangen. Sichtbar unter dem Eindruck der dabei eingetretenen nationalpolitischen Konsolidierung strebte die jüngere Generation auch personell nach vorne, drängte mit neuartigen taktischen Überlegungen zum Aufstieg in die politische Prominenz und löste damit in Luzern eine Parteien-Krise aus, die das konservative Lager schwer erschüttern und geistig-politische Haltungen sichtbar machen sollte, von denen das publizistische Auseinanderfallen in « Schwyzer-Zeitung » und « Schweizer-Zeitung » nur eine – aber doch sehr charakteristische – Auswirkung war.

Zwar wurde der in der vaterländischen Hochstimmung des Jahresendes 1856 von den Konservativen gestellte Antrag auf Niederschlagung des sog. sonderbündischen Landesverratsprozesses von der radikalen Luzerner Großratsmehrheit am 22. Januar 1857 brusk zurückgewiesen<sup>1</sup>. Dennoch trat gerade in diesem Augenblicke die große Kluft, welche im konservativen Lager Fusionisten und « Urchige »<sup>2</sup>, trennte, offen in Erscheinung. Eine gerechte und billige Forderung der Konservativen, der Verzicht auf weitere gerichtliche Verfolgung der Sonderbunds-Politiker, war eben « der Oriflamme der eidgenössischen Liebe zum Opfer » gebracht worden<sup>3</sup>. Trotzdem blieb die « junge Schule » bereit, auf dem Weg des Entgegenkommens weiter zu gehen, und gerade jetzt wurde stürmischer als je die Forderung nach einer neuen Grundlage für die konservative Oppositionspolitik erhoben. In dem von Johann Amberg (1830-1887)<sup>4</sup>, einem führenden Mitgliede des Studentenvereins, redigierten « Luzerner Landbote » erschien eine aufsehenerregende Artikelfolge : « Zur Parteistellung im Kt. Luzern Ende 1857 »<sup>5</sup>. Als Verfasser enthüllte sich bald ein berühmter Vereinsbruder : Jost Weber (1823-1889)<sup>6</sup>. Er war unbestreitbar der maßgebende Luzerner Vertreter der aus dem Studentenverein herausgewachsenen « jungen Schule » und nach

<sup>1</sup> SEGESSER, Kl. Schriften IV, 112.

<sup>2</sup> « Schwyzer-Zeitung » Nr. 26 / 3. Febr. 1857.

<sup>3</sup> Id. Nr. 27 / 4. Febr.

<sup>4</sup> GRÜTER, Vereinsgeschichte passim. – Nekrolog : « Monat-Rosen » 53 / 1910-11, p. 529 ff.

<sup>5</sup> « Luzerner Landbote » Nr. 15 / 20. Febr. – Nr. 18 / 2. März 1857.

<sup>6</sup> Aufschlußreicher Nekrolog : « Das Vaterland » Nr. 93 / 24. April – Nr. 95 / 26. April 1889.

den für ihn geltenden Maßstäben gemessen der bedeutendste und geistreichste Gegenspieler Segesser's im konservativen Lager dieses Kantons. Er war der Wortführer der nach Aufstieg zu politischer Prominenz drängenden Luzerner konservativen Advokaten-Schicht, die sich mit der Aufsatzreihe im « Landboten » nun nachdrücklich zum Worte meldete. In dieser grundlegend wichtigen publizistischen Äußerung werden aus dem durch den Neuenburger Handel eingeleiteten nationalpolitischen Verschmelzungsprozeß die umfassendsten Folgerungen für die künftige Haltung der Luzerner und der Schweizer Konservativen gezogen. Das gemeinsame Eintreten für das schweizerische Neuenburg sei die Bewährungsprobe für das Werk von 1848 gewesen. Es stehe nun fest, daß es in der Schweiz « keine Auslandspartei gibt » und « daß die Schweiz sich zu den neuen Bundesinstitutionen Glück wünschen darf ». Für die Konservativen ist nunmehr die Forderung nach einer realistischen Politik zur Selbstverständlichkeit geworden. « Sei man nicht Ideolog, lasse man die Tatsachen nicht unbeachtet vorübergehen, sie und nicht Ideale bilden die Vordersätze zu jedem Schluß in der Politik. » Weber postuliert eine umfassende Zusammenarbeit der Parteien, wobei das Hauptgewicht – es ist das im Kern schon die neue politische Taktik, welche die 1847 Unterlegenen schließlich zu Erfolg führen sollte – auf eine Reform der staatlichen Verhältnisse durch das Mittel einer fortschrittlichen Einzelgesetzgebung gelegt wird<sup>1</sup>. Auf der Grundlage von Parteien-Verständigung und Parteien-Zusammenarbeit würden – so meinte der Mann, der da den Konservativen den wegweisenden roten Faden aus dem Labyrinth der Sonderbunds-Katastrophe in eine politisch erfolgreiche Zukunft spinnen wollte – auch die schwierigen Kirchen- und Schulfragen durchaus lösbar sein. Aus dem Miterleben der Neuenburger Begeisterung heraus proklamierte Jost Weber – darin liegt das Beachtliche an seinem Vorstoße – den nationalen Gedanken als Grundlage eines Ausgleiches der parteipolitischen Gegensätze in Luzern und in der neuen Eidgenossenschaft.

Weber zielte damals darauf ab, die Luzerner Grossratswahlen von 1857 zu einem Vorstoß zu benützen, der den Konservativen eine numerische Erstarkung brächte und damit auch die radikale Majorität zur Parteien-Zusammenarbeit und damit auf die erträumten neuen Wege bringen würde. Der Wahlausgang zeitigte jedoch für die Konservativen nur

<sup>1</sup> Weber war, entsprechend solchen Gedankengängen, einer der Luzerner Hauptförderer bei Gründung des schweizerischen Juristenvereins und zeichnete sich durch bemerkenswerte rechtspolitische Interessen aus.

bescheidene Fortschritte<sup>1</sup>. Dies hatte zur Folge, daß die innerparteilichen Auseinandersetzungen neu und verstärkt auflebten und die nächsten Jahre füllten.

Es war die für jede konservative Weltanschauungspartei im neuzeitlichen repräsentativ-demokratischen Staate schicksalhafte Frage nach dem Verhältnis von Prinzip und Taktik, die jetzt in Luzern und in der Innerschweiz sich zum ersten Mal stellte. Der Großteil der sog. Intellektuellen wisch ihr freilich aus. Es ist eine immer sich wiederholende Klage Segessers in den Briefen dieser Jahre, daß auf die angeblich intellektuelle Schicht im konservativen Lager kein Verlaß sei<sup>2</sup>. Das Ganze war ein Streit unter den Führern. Ebenso wenig als das Mühen um die Weckung eines innerschweizerischen Geschichtsbewußtseins<sup>3</sup> stießen auch die Neuerer-Ideen auf ein breiteres Verständnis. Die politisch sehr zurückhaltende «Luzerner Zeitung»<sup>4</sup> beurteilte Webers Vorstoß ablehnend und fand, die Vereinigung aller Parteien gegen Preußen anlässlich der Neuenburger Affäre sei als innenpolitischer Leitgedanke deswegen unannehmbar, weil das Mehrheitsprinzip nicht die letzte Staatsgrundlage sein könne. Die neue Bundesverfassung habe zwar Fortschritte gebracht, aber dem dabei angewandten radikalen Zwange gegenüber bestehe «das Wesen des konservativen Prinzips darin : dasjenige, was durch die Religion, was durch Verträge, was durch Sitten, was durch die Geschichte überliefert und geheiligt ist, zu konservieren, d. h. zu bewahren und davon nicht abzuweichen». Da dem die innere Natur des damaligen Radicalismus vielfach entgegenstand, sei es unmöglich, mit deklarierten Radikalen gemeinsame Sache zu machen. Die «junge Schule» selbst war zögernd, und nicht einmal der Studentenverein stand geschlossen zu Jost Weber. Der besonnene Gmür hat damals in der «Schwyzer-Zeitung»<sup>5</sup> unter Rückgriff auf die Erfahrungen mit der Berner Fusion von 1854 zu einer grundsätzlichen Betrachtung ausgeholt, welche die große Bedeutung dieses vergessenen Publizisten für die Ideengeschichte des politischen Katholizismus der Schweiz im 19. Jahrhundert schön sichtbar macht. Eine Fusion – meint Gmür –, welche Grundsatzlosigkeit pro-

<sup>1</sup> EUGEN KOPP, Die kons. Partei des Kts. Luzern (1950), p. 151.

<sup>2</sup> Briefwechsel Segesser-Reding.

<sup>3</sup> Die damaligen Vorgänge im V-örtigen hist. Verein und die Reaktionen auf die Ergebnisse der krit. Erforschung der Urschweizer Befreiungsgeschichte sind auch für die Erkenntnis der Kräfte, welche den politischen Wiederaufstieg der Innerschweiz nach 1848 bestimmten, von Bedeutung.

<sup>4</sup> Nr. 32 / 16. März – Nr. 34 / 20. März 1857.

<sup>5</sup> Aufsatz-Reihe «Über Fusion». Nr. 70 / 28. März – Nr. 74 / 2. April 1857.

klamiert, ist für jeden rechten Menschen, der auf religiöser Grundlage vaterländische Politik treiben will, ebenso unannehmbar wie radikale Ausschließlichkeit. Es muß – so fährt er weiter – ein Prinzip im Staate als richtungweisend herrschen. Aber daneben ist es ebenso ein Gebot politischer Klugheit, ja eine Staatsnotwendigkeit, daß die Minderheiten nicht unterdrückt, sondern daß auch sie ihre Vertretung in den Behörden finden. Gmür bekennt sich damit – und das ist nun doch sehr bemerkenswert – zu den repräsentativ-demokratischen Ideen und Zielen des klassischen Alt-Liberalismus. Auf diesen Grundlagen wurde nach 1857 bis zum Ausbruche des Kulturkampfes die konservative Politik im erneuerten Freiburg betrieben<sup>1</sup> und man versteht es, daß Gmür als Inspizitor des Regimes Charles gelten konnte. Auf der Universität im Geiste der deutschen historischen Rechtsschule geformt, hatte er, seit 1852 in Freiburg wohnhaft, aus nächster Nähe und in persönlicher Vertrautheit mit den führenden Männern der Unterdrückten, den Radikalismus am Werke beobachten und die Kraft, die der Freiheits-Gedanke den Aus-harrenden verleiht, erleben können. Die liberal-konservative Haltung, so wie diese auf der Grundlage des 1830er Liberalismus in Freiburg erwachsen war und sich das ganze 19. Jahrhundert über am Leben erhielt, galt ihm als Ideal. Gmürs Politik war auf geistige Ziele und nicht zuerst und so gut wie allein auf politischen Erfolg ausgerichtet.

Und hierin unterschied er sich wesentlich von den Farbenbrüdern im Studentenverein und auch von der Haltung der «Schwyzer-Zeitung», in welcher der parteipolitische Trommler Acklin agierte. Das politische Erfolgsstreben der «jungen Schule» in Luzern bewirkte unmittelbar

<sup>1</sup> Gmür schreibt darüber (Nr. 74 / 2. April) : « Es wurde... Niemand befragt, wie er von der politischen Vergangenheit des Landes und von dem Werte der früheren Parteien denke ; von keinem wurde verlangt, daß er die neue Bundesverfassung schelte oder lobe, sondern nur, daß er, die Vergangenheit Gott und der Geschichte anheimstellend, die Gegenwart und Zukunft allein im Auge habe, und die Toten zu begraben den Toten überlasse. Wer dem... Streben beipflichtete und zur Verwirklichung jenes Programms seinen Teil beitragen wollte, der ward ohne anders Freund und Parteigenosse, und herzlich willkommen geheißen in der großen Zunft der freiburgischen Volkspartei... Sie wird solange kräftig sein, als sie an der Grundlage ihrer Entstehung festhält, d. h. wahrhaft verträglich und verständig an ihren Mitgliedern Meinungsverschiedenheiten in allem weniger Wesentlichen leicht und gerne erträgt, damit sie dieselben umso einträchtiger und entschlossener in dem gemeinsamen Hauptzweck zusammenführe, der in der Fernhaltung einer irreligiösen und freiheitsfeindlichen Oligarchie besteht. »

Eine wissenschaftliche Erfassung der Freiburger verfassungsgeschichtlichen Entwicklung seit 1830 nach ihren geistesgeschichtlichen Zusammenhängen, die leider fehlt, wird mit Nutzen die Publizistik Gmürs als Quelle heranziehen.

nach 1857 unter den Konservativen in Luzern eine schwere Partei-Krise<sup>1</sup>. Die Nationalratswahlen im Oktober 1857 gaben ihr neue Auftriebe<sup>2</sup>; sie schwelte ununterbrochen durch die folgenden Jahre, bis es dann 1860 zum vollen Bruch kam. Das Opfer war Segesser. Diesem war es sogleich nach dem Ausgang des Neuenburger Handels daran gelegen gewesen, « aus dem Enthusiasmus-Stadium, worin sich wie im trüben Wasser allerhand fischen ließ, baldmöglichst wieder auf klaren Boden zu kommen... Dadurch habe ich es freilich mit den Justemilianern verdorben, die mit Aufopferung der Grundsätze ihren Separatfrieden machen möchten. »<sup>3</sup> Segesser verlor bei den Luzerner Großratswahlen vom Frühjahr 1860 sein Mandat<sup>4</sup>.

Dieser Vorfall erregte in der ganzen Schweiz Aufsehen<sup>5</sup>. Die « Schwyzer-Zeitung », in welcher « die junge Schule » von Luzern herrschte, zeigte darüber kein sonderliches Bedauern, ja es kam gerade in Zusammenhang damit zu schärfsten Angriffen auf Segesser's Politik<sup>6</sup>. Beim Luzerner

<sup>1</sup> « Der Bund » (Nr. 63 / 5. März 1857) berichtete eingehend über die Zerfahrenheit und Zersplitterung der Luzerner Konservativen nach Beendigung des Neuenburger Handels. Drei Gruppen stünden sich gegenüber :

Ein Häuflein von Junkern mit Segesser als Repräsentanten, « bei dem selbst eine große Gelehrtsamkeit den junkerlichen Geist und die damit in Zusammenhang stehenden Staatsansichten nicht zu verdrängen vermochte ».

Das Häuflein der Frommen mit dem Sonderbundspolitiker Alois Hautt (1806-1871) an der Spitz und der Räber'schen « Luzerner Zeitung » als Organ.

Die junge Generation bilde die zahlreichste Fraktion. « An ihrer Spitz stehen zunächst eine Reihe junger Advokaten, die nach einer einflußreichen politischen Stellung streben. Sie äußern sich meistens im « Luzerner Landboten » und in der « Schwyzer-Zeitung ». Sie haben wohl eine konservative Richtung, aber die überschwängliche Richtung der « Luzerner Zeitung » ist nicht nach ihrem Geschmack und von junkerlichen Ideen sind sie – größtenteils der Landbevölkerung entsprossen – auch sehr weit entfernt. Überhaupt stehen sie der geistigen Richtung der Neuzeit nicht so ferne wie die Erstern ; man findet bei ihnen ächt demokratische Anschauungen und Sinn für die geistigen und materiellen Bestrebungen der Zeit und – wie aus den ... Äußerungen des Herrn Jost Weber hervorgeht – mitunter selbst eine ehrenwerte Anerkennung unserer Bundeseinrichtungen. »

<sup>2</sup> Jost Weber, der im 2. Luzerner Wahlkreis kandidierte, wurde nicht gewählt.

<sup>3</sup> Segesser an Georg v. Wyß, 8. Febr. 1857.

<sup>4</sup> Kl. Schriften IV, 71.

<sup>5</sup> Die « Neue Zürcher Zeitung » (Nr. 116 / 25. April 1860) bedauerte die Nichtwiederwahl Segesser's. « Er war nicht nur weitaus das bedeutendste Mitglied der Opposition, sondern vielleicht die hervorragendste Intelligenz des ganzen Großen Rates. Wenn solche Männer von ihrer eigenen Partei weggeworfen werden, so ist sehr die Frage, ob von unserem Volke hohe Bildung und Festigkeit und Ehrenhaftigkeit des Charakters gehörig gewürdigt werden. »

<sup>6</sup> « Schwyzer-Zeitung » Nr. 117 / 22. Mai 1860 : Eine αρ Luzerner-Korr. (= Amberg) spottet über jene, « die Schnupftücher der Trauer über Segessers Fall vors Ge-

Bauernvolk dagegen war dessen Ansehen ungemindert, und gerade dort regte sich Gegnerschaft gegen eine Führung aus der Gruppe der jungen Intellektuellen und Advokaten<sup>1</sup>. Solches hinwiederum reizte diese zu Kritiken, welche die Haltung, die Segesser seit 1848 eingenommen hatte, im Kerne treffen wollte und zugleich Weber, den Rivalen und Wortsührer der « jungen Schule », unmißverständlich in den Vordergrund schoben. Den ganzen Sommer über füllten Polemiken darüber die Spalten der « Schwyzer-Zeitung »<sup>2</sup>, ob Jost Weber, das Haupt der Jungen, oder Segesser, der Führer der « Stammkonservativen », die Politik der Luzerner Zukunft vertrete. Das Persönliche und Zänkerische daran kann nicht mehr interessieren. Aber das Grundsätzliche, das dabei so deutlich in Erscheinung trat, ist von Bedeutung. Gerade die damals gebrauchten schlagwortmäßigen Formulierungen zeigen in eindrücklicher Weise das

sicht nehmen » und protestiert dagegen, daß im Wahlkampf Segesser dem Vater Leu zur Seite gestellt worden war. « ... eine Ähnlichkeit zwischen Leu und Segesser ist... nicht vorhanden. Leu war ein Volksmann, der das Interesse der Religiosität, Sittlichkeit und Freiheit hochtrug... Segesser handelt allerdings auch nach Prinzipien : nach welchen ist schwer zu sagen. Erklären tut er's niemandem. Der « Leu » war ein Löwe... der « Segesser » ist der Sensemann, der Alles rasiert, was ihm in den Weg kommt, damit es wieder besser wachse. Wer aber die alte und neue Zeit, die beeinträchtigten heiligen Interessen und den Fortschritt des Tages systematisch zu verweben und so zu sichern weiß, dürfte unterdessen weit mehr der « Weber »... sein... »

<sup>1</sup> Im « Luzerner Wahrheitsfreund » (Nr. 37 / 12. Mai 1860) erschien unmittelbar vor den Wahlen ein Gedicht : « Gedanken an Leu's Grab in Hochdorf im Mai 1860 », das die Lage Luzerns bedauerte und unter Anspielung auf die Sense im Segesser-Wappen nach diesem rief.

« Es welken Frucht und edle Saaten  
In unserm herrlich schönen Garten ;  
Drum müssen wir den Gärtner han,  
Der mit der Sense mähen kann.  
Luzernervolk, ein solcher Wärtner  
Das ist Herr Segesser als Gärtner ;  
Er packt das Unkraut radikal,  
Drum denkt an ihn bei nächster Wahl !  
Was deutet wohl das Zephirlispeln  
Hernieder von des Kirchtumswipfeln ?  
Es ist ein Laut vom Geist des Leu ;  
Der lispeilt : Seid dem Segesser treu !

<sup>2</sup> Der heftigste Angriff – wiederum eine Luzerner – αρ (= Amberg)-Korrespondenz erfolgte in der « Schwyzer-Zeitung » Nr. 129/130 v. 6./8. Juni, worin Segesser seine negative Haltung gegen den Bund, sein Eintreten für Napoleon, gegen die Legitimität der Fürsten in Italien und die Volksadresse an den Papst, gegen die Eisenbahnpolitik und den Fortschritt vorgehalten und behauptet wurde, auch in kirchenpolitischen Fragen nehme er kaum je « die Motivierung... aus den Grundsätzen der kath. Interessen und Kirchenverfassung ».

politisch Entscheidende, um was es jetzt ging, auf. Wer denn « das Weben besser verstehe », frugen die einen, derjenige, welcher darnach strebt, « dem Kanton eine Partei zu erhalten, die nicht nur dem Namen oder Scheine nach, sondern in Wirklichkeit konservativ ist und nach Grundsätzen handelt »? Oder, entgegneten die andern, ist nicht jener der bessere Politiker, der « sich sogleich keck und frisch auf den neuen Boden stellt », und sich unter dem aussichtsreichen Kampfruf « für Religion und Freiheit » auf die neue liberale Bundesverfassung stützt, « statt ihr Pereat zuzurufen und ihren Untergang zu prophezeien ». Die Positionen waren klar bezogen. Die « junge Schule » trat in offene Gegnerschaft zur reservierten Haltung, welche Segesser bisher gegenüber dem Bundesstaat von 1848 eingenommen hatte. Und sie zog die Segel auf, die den Triebwind einfangen sollten, der sich aus der gleichzeitig aufkommenden ultramontanen Bewegung in der Innerschweiz ergab. Gerade dieser aber wurde Segesser in denselben Jahren in steigendem Maße verdächtig. Denn eben jetzt setzte – nach der Vollendung der Luzerner Rechtsgeschichte und dem Scheitern aller Hoffnungen auf akademische Wirksamkeit und Auswanderung jene groß geschaute historisch-politische Publizistik ein<sup>1</sup>, in welcher er mit voller geistiger Unabhängigkeit und in gereifter wissenschaftlicher Haltung weltgeschichtliche Entwicklungen deutete und Wertungen von Neuzeit und Gegenwart vertrat, die mit den Grundanschauungen eines kämpferischen Ultramontanismus schwer zu vereinbaren waren.

Segesser antwortete auf die gegen ihn gerichteten kantonal- und landespolitischen Angriffe mit der ausführlichen Rechtfertigungsschrift : « Neun Jahre im Großen Rate des Kantons Luzern »<sup>2</sup>. Die eingehenden Ausführungen, die er dort – über Tagesfragen hinaus – bezüglich der Grundideen und der Leitziele seiner Politik macht<sup>3</sup>, sind die direkte Antwort auf Vorstöße, welche die « Schwyzer-Zeitung » im Sommer 1860 gegen ihn geführt hatte. Diese Verteidigungsschrift erschien im Verlage der Hurter'schen Druckerei zu Schaffhausen<sup>4</sup>. In der Innerschweiz hat-

<sup>1</sup> Sie begann mit der bemerkenswerten, den talentvollen Ranke-Schüler verratenen Besprechung des vom damaligen Zürcher Professor Dr. ADOLF SCHMIDT veröffentlichten Bandes « Zeitgenössische Geschichten » (Berlin 1859) in « Schweizer-Blätter für Wissenschaft und Kunst » I/1859, p. 286 ff. – Ende des Jahres folgte das 1. Heft der « Studien u. Glossen zur Tagesgeschichte ».

<sup>2</sup> Wieder abgedruckt in : Kl. Schriften IV, 73 ff.

<sup>3</sup> p. 156 ff. – Mit dem Blatte, das nicht wissen wollte, « welche Prinzipien meiner Handlungsweise zu Grunde liegen » (p. 167), ist die « Schwyzer-Zeitung » und besonders deren Artikel in Nr. 117 / 22. Mai 1860 gemeint.

<sup>4</sup> Segesser hat wiederholt geplant, Luzerner Rechtsgeschichte dort zum Abschluß

ten die Altkonservativen keine Plattform für publizistische Stellungnahmen. Im gleichen Sommer 1860 tauchten dann in der Öffentlichkeit die ersten Gerüchte auf, ein neues Tageblatt sei dort in Vorbereitung<sup>1</sup>. Auf Neujahr 1861 kam es zur Trennung zwischen Alt-Schwyz und der «jungen Schule». «Der Studentenverein hat in unsere Sphäre nie gepaßt», meinte Nazar von Reding-Biberegg<sup>2</sup>, welcher der erneuerten «Schwyzer-Zeitung», worin Segesser 1861-1865 seine Politik vertrat, zu Gevatter stand. Die «junge Schule» siedelte nach Luzern über und gründete dort die «Schweizer-Zeitung», die sich aber nicht halten konnte und auf den 1. Januar 1863 in der nun zu täglicher Ausgabe erweiterten alten «Luzerner-Zeitung» aufging.

(Schluß folgt.)

zu bringen. – Auf seine Vermittlung geht es zurück, daß Eduard v. Wattenwyl-v. Diesbach, der nahe Freund, 1867 bei Hurter den 1. Band von «Geschichte von Stadt u. Landschaft Bern» erscheinen ließ.

<sup>1</sup> Der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 175 / 23. Juni 1860) wurde aus Luzern berichtet, es lägen Projekte für ein neues tägliches Blatt in der Innerschweiz vor. «Die nächste Veranlassung scheint der 'Schwindel' zu sein, dem die «Schwyzer-Zeitung» unterworfen ist und der namentlich in der Savoyerfrage recht bemerkbar war, sowie in deren neuester Haltung gegenüber Herrn Nationalrat Segesser, die in gewissen Kreisen böses Blut gemacht hat.»

<sup>2</sup> An Abt Heinrich Schmid von Einsiedeln, September 1860.